



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die hannoverschen Nationalliberalen : (Schluß). 2

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

daß es, wie andre Staaten auch, die Kraft Chinas überschätzt hat, die es für hinreichend hielt, Japan und dem russischen Druck widerstehen zu können. China hat sich als so schwach erwiesen, daß es auch mit englischer Stütze nicht fest auf den Beinen zu stehen vermag, und da hat England das Stützen denn aufgegeben. So jetzt in Peking, wie vorher in Konstantinopel. Denn trotz aller Versicherungen des Herrn Chamberlain liegt die Unterstützung des Pekingener Hofes mehr in der Sorge Rußlands als Englands. Wiederum wie in Konstantinopel, und zwar in beiden Fällen deshalb, weil beide Höfe mehr dem Druck russischer Truppen als englischer Schiffe ausgesetzt sind. So bleibt England auf Japan als Sturmböck angewiesen. Verwickelter würde die Sache werden, falls sich etwa die Vereinigten Staaten von Nordamerika nach einem sieghaften Kriege gegen Spanien in diese ostasiatischen Händel mischten. Doch ist das eben noch eine bloße Möglichkeit, mit der wir vor der Hand nicht zu rechnen brauchen. Es ist ungewiß, wie schnell Rußland die großen Schwierigkeiten wird überwinden können, die sich seinem Bahnbau jenseits des Baikalsees entgegenstellen; vielleicht braucht es dazu vier, vielleicht auch mehr Jahre. Innerhalb dieser Frist wird sich entscheiden müssen, ob Japan sich stark genug fühlt, zum Angriff überzugehen, und ob England sich stark genug fühlt, sich dem neuen Dschingis Khan Europas auf seinem Eroberungszuge gegen ganz Asien entgegen zu werfen. Für uns Deutsche ist die Zeit hoffentlich fern, wo uns vielleicht diese Händel zur Einmischung nötigen werden. Wenn aber einmal Asien in Einflußsphären geteilt werden soll, so werden wir zusehen müssen, daß wir nicht von schwächeren Staaten überholt werden.

E. von der Brüggen



Die hannoverschen Nationalliberalen

(Schluß)

2



ie in ganz Deutschland, so sind auch in Hannover die Reichstagswahlen im großen und ganzen das Spiegelbild für die augenblickliche politische Volksstimmung. Sie sind eine Art Barometer, an dem die politischen Parteien erkennen können, wie ihre Haltung und ihre Bestrebungen in den breiten Volksschichten beurteilt werden, und inwieweit sie auf diese eingewirkt haben. Das

zutreiben, wie es vor hundert Jahren und seit hundert Jahren geschehen ist. Diese hochmütige Politik haben nicht nur wir in allen unsern kolonialen Unternehmungen empfunden, sondern andre auch. England wird es schwer finden, einen Bundesgenossen von Bedeutung aufzutreiben, solange es wie bisher eine Weltmacht für sich im Gegensatz gegen Europa sein will. Und so lange es allein steht, ist der russisch-englische Krieg nicht wahrscheinlich, trotz der allerdings sehr weit um sich greifenden Machtansprüche Rußlands in Asien.

haben die Nationalliberalen zu ihrem Schaden in den Jahren 1881, 1884 und 1890, zu ihrem Vorteil bei den Wahlen von 1887 und 1893 erfahren. Aber es ist bezeichnend, daß es sowohl 1893 als 1887 eine außerordentliche Wahlparole war, von der die Nationalliberalen Nutzen zogen. Für sie war es ein Glückszufall, daß die Opposition der Linken und des Zentrums bei den Militärvorlagen aus der Verkennung der Stimmung großer Wählermassen hervorging und durch ihr Verhalten die Auflösung des Reichstags vorbereitete. Ohne die Wahlparole — und im Jahre 1887 ohne das Kartell — hätten sich in den Wahlkreisen, wo die Nationalliberalen der feste Kern waren, kaum die übrigen Freunde der Militärvorlage bei den Neuwahlen um sie geschart, und namentlich hätten bei den Wahlen von 1893 die Nationalliberalen in Hannover ohne diesen Bezug nicht die Erfolge gehabt, die sie thatsächlich erzielt haben. Bei den diesjährigen Wahlen wird sich der Mangel einer alle Kreise des Volks aufrüttelnden Wahlparole für die Nationalliberalen sehr fühlbar machen, und gerade aus ihrer Mitte hört man die lautesten Klagen darüber, daß die kluge Taktik des Zentrums die Marinewahlparole zu nichte gemacht hat. Sie wissen sehr wohl, daß ihnen nur ein geschickt zu verwertendes, das patriotische Empfinden aufrüttelndes Ereignis neue Wählermassen zuführen kann.

An eigner werbender Kraft gebricht es den Nationalliberalen im Hannoverischen wie in den übrigen Teilen Deutschlands seit geraumer Zeit ganz und gar. Mit dem Kampfruf „für Kaiser und Reich,“ mit patriotischen Festreden, mit großen Versprechungen und allgemeinen Redensarten ist es heutzutage allein nicht gethan. Für das Mißverhältnis zwischen Worten und Thaten hat denn doch das Volk jetzt ein deutlicheres Verständnis, als ihm von national-liberaler Seite zugetraut wird. Das Hin- und Herschwanken bei den wichtigsten Tagesfragen, die Nachgiebigkeit, mit der sie sich einem fremden Willen unterordnen, ihre engen Beziehungen zum Großkapital und zur Großindustrie und in Verbindung damit die Aufstellung von Meinungen und Forderungen, die mit den alten Überlieferungen der Partei schlechthin unvereinbar sind, alles das und manches andre ist nicht geeignet, ihnen neue Anhänger zuzuführen. Die Überzeugung, daß sie schon seit einer Reihe von Jahren in erster Linie für die obere Zehntausend arbeiten, hat sich weiter Kreise bemächtigt, in denen sie vor Zeiten ihre Freunde suchten und fanden.

Es ist bekannt, daß bei den Nationalliberalen gegenwärtig, was während der Jugendblüte der Partei nicht der Fall war, die Großindustrie und das Großkapital den Ton angeben. Die parlamentarische Thätigkeit ist von plutokratischem Geiste erfüllt; kein Wunder also, daß nicht allein die niederen Volksklassen von ihr abgefallen sind, sondern auch der Mittelstand ihr den Rücken zuzukehren beginnt. Die Intelligenzen des Mittelstands, die früher wesentlich die Vertretung der Partei ausmachten, Gelehrte, Richter und andre Juristen, Gutsbesitzer, Fabrikanten und Kaufleute des Mittelstands, die sonst mit Eifer

die Parteiinteressen wahrnahmen, ihren Einfluß auf Programm und Taktik geltend machten und auf die Haltung der Presse wirkten, spielen keine maßgebende Rolle mehr in der Partei; viele von ihnen haben sich vom öffentlichen Leben zurückgezogen und sind nur noch laue Mitgänger der Partei. Der Erfolg ist spärlich; für die Jugend haben die Nationalliberalen keine Anziehungskraft. Anstatt der alten Herren aus dem Mittelstande, deren politische Erziehung der Regel nach volksfreundlich gewesen war, und von denen viele eine demokratische Vergangenheit hatten, die sie niemals ganz verleugneten, begannen die unter der Herrschaft des Liberalismus, unter der liberalen Gesetzgebung satt gewordenen Vertreter des Großgewerbes und des Großkapitals das entscheidende Wort in der Partei zu führen. Diese hatten in der liberalen Ära allmählich die Ansprüche, die ihre Interessen forderten, im wesentlichen befriedigt gesehen. Ihnen genügte auch die mäßige Freiheit, die erlangt war und für sie wenigstens nicht auf dem Papiere stand, und gelegentliche Vorkommnisse, die mit dem Rechtsstaate schlechterdings nicht zu vereinbaren waren, schädigten nicht sie, sondern andre Kreise, an deren Emporkommen sie kein besonderes Interesse hatten. Der Ausbildung des Rechtsstaats, an dem noch so vieles fehlt, standen sie ebenso gleichgiltig gegenüber wie manchen wichtigen Forderungen der politischen Gerechtigkeit. Das Wirken dieser Elemente kann man an vielen gesetzgeberischen Arbeiten der letzten fünfzehn Jahre leicht erkennen und würdigen.

Es gab eine Zeit, wo die Hannoveraner in der Partei, namentlich in den parlamentarischen Körperschaften, von großem Einfluß, oft von ausschlaggebender Bedeutung waren. Diese Zeit ist lange vorüber. Die Zahl gescheiter Männer, die geneigt wären, ein Mandat anzunehmen, hat sich bei den hannoverschen Nationalliberalen gewaltig vermindert. Man ist dort schon seit mehreren Wahlperioden in arger Verlegenheit um politisch gebildete Kandidaten. Es sind ja in der Regel recht brave und in ihrem engern Horizonte nicht unverständige Leute, die aufgestellt werden, aber selbst die glaubensstärksten Anhänger der Partei werden nicht leugnen können, daß das Durchschnittsniveau ihrer gegenwärtigen Abgeordneten tiefer steht als das der Abgeordneten aus der Blütezeit des Nationalliberalismus. Das ist freilich eine Erscheinung, die dieser Partei nicht eigentümlich ist, sondern auch bei andern zutrifft, z. B. bei den preußischen Konservativen. Gewiß giebt es unter den Freunden der Nationalliberalen in der Provinz Hannover noch manche, die auch höhern Ansprüchen als denen der heutigen Lenker der hannoverschen Wahlen genügen würden, aber diese Männer sind unter den jetzigen zerfahrenen Verhältnissen innerhalb der Partei für ein Mandat nicht zu gewinnen.

Seit Jahren segeln die hannoverschen Nationalliberalen in den Fraktionen des Reichs- und Landtags teils bewußt, teils — was bezeichnend ist — unbewußt im Fahrwasser einer großkapitalistischen Gruppe. Vom Rhein und von Westfalen empfangen sie ihre Inspirationen, dort liegt der Schwerpunkt der Partei und die treibende Kraft für ihre jeweilige Thätigkeit. Es scheint fast,

als ob sie sich mehr als der Teil der Partei, der in der „Nationalzeitung“ seine Vertretung findet, von der augenblicklichen Zweckmäßigkeit des plutokratischen Standpunktes haben überzeugen lassen. Dafür finden sich Belege sowohl auf wirtschaftlichem als auf politischem Gebiete. Der Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung ist ihnen herzlich willkommen, ihr Widerstand gegen die Ausbildung und Ausbreitung des Koalitionsrechts der Arbeiter ist bekannt. Ihre Haltung bei der kläglich gescheiterten Umsturzvorlage und bei dem Rektischen Vereinsgesetzentwurfe, bei dem sie fast eine machiavellistische Taktik verfolgten, ist noch unvergessen. Nicht minder sonderbar war ihre Gegnerschaft bei den Anträgen zur Sicherstellung des Wahlgeheimnisses, und ihre Presse, vor allem der „Hannoversche Kurier,“ tritt hin und wieder mehr oder weniger schüchtern, je nachdem der Wind weht, für Umgestaltungen und Einschränkungen des allgemeinen und geheimen Stimmrechts ein; dagegen geschieht von ihrer Seite nichts, um eine politisch gerechte Reform des von allen Seiten verdamnten preußischen Dreiklassenwahlrechts in die Wege zu leiten. Die drei von der Regierung sehr milde rektifizierten Hildesheimischen Landräte, die neuerdings in einem Wahlaufzuge auf die großkapitalistischen und einseitig industriellen Tendenzen der Nationalliberalen aufmerksam machten, hatten sachlich keineswegs Unrecht.

Durch die ganze Partei, nicht zum wenigsten bei ihrem hannoverschen Teile, geht seit Jahren ein matter, müder Zug. Überall Lauheit, keine Initiative, oder diese höchstens in untergeordneten Fragen, desto mehr politisches „Anempfinden.“ Unter allen Nationalliberalen, zumal unter den hannoverschen, giebt es heute niemand mehr, der unter den jetzigen Verhältnissen die Partei einer bessern Zukunft entgegenführen könnte. Herr von Bennigsen ist ein Greis, dessen parlamentarische Thätigkeit abgeschlossen ist. Aber auch er würde nicht helfen können, denn gerade in ihm sind die wesentlichen Schwächen der Partei verkörpert. Ihm fehlt die Festigkeit, die Entschlossenheit, die Widerstandskraft gegen andre, selbst für verfehlt erkannte Meinungen. In den letzten Jahren war seine Führerschaft nur äußerlich; die geistige Führerschaft hatte er längst einem Konsortium von großen Arbeitgebern überlassen.

Unser oben ausgesprochener Gedanke von dem Mangel an werbender Kraft gilt mehr oder minder von dem gesamten Liberalismus, insbesondere von dem Parlamentsliberalismus. Es fehlt ihm häufig das Verständnis für die Schwüngen der Volksseele. Die mit den heutigen Zuständen unzufriednen Volksteile von rechts und links strömen nicht mehr den liberalen Fähnlein zu, sie suchen in immer größerer Anzahl bei neuen Parteigruppierungen Halt. Das haben in den letzten Jahren auch die Nationalliberalen in der Provinz Hannover erfahren. Dort hat namentlich die Entwicklung der agrarischen Bewegung die ganze innere Schwäche und Haltlosigkeit des Liberalismus offenbart.

Die hannoversche Spielart des Nationalliberalismus hat sich durch ein besonders Vermögen, die träge Menge, einen großen Bestandteil der nieder-

sächsischen Bevölkerung, ihren Bestrebungen und Ansichten dienstbar zu machen, niemals ausgezeichnet, noch weniger verstand sie es, die ihr widerstrebenden Volksteile zu sich herüberzuziehen. Was man vor allem und von vornherein von den Nationalliberalen erwartete, nämlich die allmähliche Vernichtung der Welfenpartei, das ist auch nicht im entferntesten erreicht worden. Die Welfenpartei steht heute — es ist traurig, das bekennen zu müssen — in gesicherterer und festerer Stellung da als die Nationalliberalen selbst. Die großen Hoffnungen insbesondre, die man außerhalb Hannovers an gewissen Stellen auf die Versöhnungskraft des Oberpräsidiums von Bennigsen setzte, haben sich nicht erfüllt. Fernerstehende mögen sich die Thatsache, daß heute die Welfen in kaum schwächerer Ziffer zur Wahlurne schreiten als in den ersten Jahren nach der Einverleibung des Königreichs, um so weniger erklären, als die Anhänger der abgesetzten Dynastie, die vermöge ihres persönlichen Einflusses unter der Bevölkerung noch in den siebziger Jahren die Massen um sich scharten, jetzt sämtlich gestorben oder wenigstens von der Schaubühne des öffentlichen Lebens abgetreten sind, und als der erträumte roy keineswegs zu den Männern gehört, die durch ihre Persönlichkeit und durch die Art ihres Auftretens die Menge zu bezaubern verstehen. Der Satz von der Wiederherstellung des Königreichs Hannover, der noch immer auf dem Programm der deutsch-hannoverschen Partei prunkt, ist denn auch bei der europäischen Lage, wie die welfischen Politiker wohl wissen, nichts andres mehr als eine historische Verzierung. Das wesentliche Kennzeichen der Partei ist seit langem die Preußen-, mindestens die Regierungsfeindlichkeit. Unter diesem Zeichen sammeln sich die oppositionellen Geister, soweit sie nicht der Sozialdemokratie zulaufen, in vielen Gegenden der Provinz unter welfischer Fahne. Viele von denen, die in andern Provinzen des Staates mit einer freisinnigen oder demokratischen Partei gehen würden, gehen hier immer noch mit den Welfen, unbekümmert darum, daß die führenden Kreise dort einer Aristokratie angehören, die exklusiver, freilich auch liebenswürdiger ist als die dem Niedersachsen antipathische Junkersippe in Ostelbien. Die alte Fortschrittspartei und der neuere Freisinn haben daher aller Mühen ungeachtet unter den Autochthonen der Provinz bis auf den heutigen Tag nicht recht Fuß fassen können und sind, abgesehen von dem einen Wahlkreise, weder den Welfen noch den Nationalliberalen gefährlich geworden. Erst in neuester Zeit scheint der Rickertsche Freisinn beiden Parteien in einigen Gegenden Abbruch zu thun. Übrigens ist die welfische Parteileitung keineswegs ungeschickt, sie hat von den Taktikern des Zentrums gelernt und ist heute gescheiter als die nationalliberale Leitung in der Provinz; der welfische Adel ist in der harten Schule der letzten dreißig Jahre in gewisser Weise volksfreundlich geworden und hat dadurch eine Popularität erlangt, die ihm in den Zeiten seiner Herrschaft abging, und um die ihn die nationalliberalen Tonangeber von heute beneiden.

Gegen zwei Strömungen haben sich in neuerer Zeit die beiden alten Parteien im Hannoverschen ganz besonders zu wehren, gegen die Sozialdemokraten und gegen den Bund der Landwirte. Die Sozialdemokraten sind, wie überall, in den arbeiterreichen Gegenden gefährliche Gegner gegen alle bürgerlichen Parteien, sie haben den Welfen unmittelbar vielleicht größern Schaden zugefügt als den Liberalen, indem ein Teil der niedern Bevölkerung, der jahrzehntelang den Welfen folgte, neuerdings die Zahl ihrer Mitgänger vermehrt hat, mittelbar aber sind sie nicht selten für jene von großem Vorteil gewesen, indem sie den welfischen Kandidaten gegen den nationalliberalen mit Erfolg unterstützten. Zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten giebt es keine Verständigung, sie sind und müssen geschworne Feinde sein, und es ist daher für die Liberalen recht schlimm, daß der sozialdemokratische Anhang, der noch immer im Wachsen ist, bei den Stichwahlen häufiger als je von ausschlaggebender Bedeutung zu werden droht.

Aber die Sozialdemokratie ist es nicht, die heuer den alten Parteien den heftigsten Kummer macht. Am meisten bedroht werden sie durch den Bund der Landwirte, der hier erst vor kurzem in einer namentlich die Nationalliberalen beunruhigenden Gestalt auf den politischen Plan getreten ist. Schon vor der Gründung dieses Bundes freilich gab es in der Provinz Hannover starke agrarische Strömungen, die zuweilen bei Aufstellung von Wahlkandidaturen auch innerhalb der nationalliberalen Partei hervortraten und einen gewissen Gegensatz zwischen Stadt und Land feststellten. Gar nicht selten mußte ein Wahlkomitee den vorgeschlagenen Kandidaten fallen lassen, weil die ländlichen Wähler mehr Gewicht darauf legten, daß der Abgeordnete ein Landwirt als ein politisch gebildeter und erfahrener Mann sei. Bei der Welfenpartei machten sich solche Mißhelligkeiten nicht geltend, weil ihr Programm von vornherein mit Rücksicht auf die große Menge ihrer ländlichen Anhänger agrarisch gefärbt war und in dieser Richtung im Laufe der Zeit eine Änderung nicht erlitten hatte. Die Welfenpartei wird daher, so sehr sich auch einige ihrer Führer gesträubt haben, dem neuen wirtschaftlichen Bunde beizutreten, in ihrem Bestande längst nicht so gestört werden wie die Nationalliberalen, die bis zum verflossenen Jahre das Auftreten des Bundes in der Provinz durch ihre Presse scharf bekämpfen ließen und jetzt, wo ihnen die Augen ganz aufgegangen sind, die einheimischen Stimmführer des Bundes in das Land wünschen, wo der Pfeffer wächst. Die welfischen Mitglieder des Bundes denken nicht daran, ihre Zugehörigkeit zur deutsch-hannoverschen Partei aufzugeben, und diese Partei ist in dem dreißigjährigen Kriege zu gefestigt, um den mit ihrem Programm etwa unvereinbaren politischen Forderungen des Bundes der Landwirte zu weichen.

Die Mitglieder des Bundes der Landwirte im Hannoverschen sind namentlich in den Gegenden zahlreich, wo von einer wirklichen Notlage der Landwirtschaft kaum die Rede sein kann, in Gegenden, wo die Landwirte im Gegen-

saße zu frühern Zeiten infolge intensiver Wirtschaft, Rübenbau, Viehzucht ganz erkleckliche Einkünfte aus ihrem Besitze ziehen. Nicht die Kleinbesitzer, nicht die Leute, die auf dürrigem Boden sitzen, nicht die zufriednen Lüneburger und Osnabrücker, sondern die Großbauern, die Ökonomen, die Gutsbesitzer in den Marschen, im Hildesheimischen, an der Weser, am Nordrande des Harzes wurden die leidenschaftlichsten Gefolgsmänner der agrarischen Obern, und sie besonders, die bislang zumeist den Nationalliberalen Heeresfolge geleistet hatten, traten als Wortführer für die Satzungen des Bundes kräftig ein. Nur dem Antrage Kanitz und der auf Einführung der Doppelwährung gerichteten Bewegung Beifall zu zollen, konnten sich die hannoverschen Mitglieder anfangs (1893) nicht entschließen, jetzt sind sie indes in großer Mehrzahl — dank dem unermüdblichen Dr. Hahn und dessen Gehilfen — zu Anhängern auch dieser Punkte bekehrt worden. Von der nationalliberalen Parteipresse im Hannoverischen wurde der Bund bei seiner Gründung und später, solange man meinte, daß er an höchster Stelle mit dauernder Ungnade bedacht sei, heftig beschödet, man bekämpfte alle oder doch die meisten Sätze seines Programms und warnte unablässig vor seinen Werbungen. Diese Taktik änderte sich erst, als man — spät genug! — einsah, daß der Bund stärker und zäher war als die Regierung, geschweige denn als die Nationalliberalen selbst. In die Zeit vor dieser Einsicht fielen die Konflikte der nationalliberalen Fraktion mit dem Dr. Hahn, dem jetzigen rührigen Leiter des Bundes, die mit seinem Austritte aus der Fraktion endeten. Seitdem war grimmige Feindschaft zwischen diesem Agrarier und den nationalliberalen Führern. Mit aller Macht, mit allen Waffen wurde seine Agitation für den Bund von der liberalen Provinzpresse bekämpft, und man gab sich hier zeitweilig dem Glauben hin, den Feind politisch vernichtet zu haben — ein schwerer Irrtum, der darlegte, wie sehr man in den nationalliberalen Kreisen die Strömungen im eignen Lager und die Energie und Umsicht des Gegners unterschätzte.

Im verfloffenen Jahre, als die Fortschritte des Bundes nicht mehr wadisputirt werden konnten, machten die hannoverschen Leiter der Nationalliberalen den Versuch, sich mit dem Bunde für die künftigen Wahlen zu verbinden; der Versuch scheiterte jedoch, da die ihrer Stärke sich bewußte Bundesleitung zu keinen wesentlichen Zugeständnissen geneigt und namentlich nicht zu bewegen war, irgend einen Punkt ihres Programms zeitweilig in den Hintergrund zu stellen. Eine Einigung auf Grund der echt nationalliberalen Kompromißvorschläge konnte vernünftigerweise umso weniger erwartet werden, als die liberale hannoversche Presse, schlecht unterrichtet über die innern Verhältnisse des Bundes, jede Gelegenheit wahrnahm, um die Bundesleitung, namentlich den Dr. Hahn, in den Augen der hannoverschen Anhänger des Bundes zu diskreditiren, eine Taktik, die bei der einflußreichen Stellung, die sich Dr. Hahn schon erobert hatte, von keinerlei Erfolg begleitet war. Heute ist Dr. Hahn auf dem platten Lande Herr der Lage, der die matten

Rückzugsgefechte seiner Gegner kaum beachtet. Er schaltet fast wie ein Souverän, er bestimmt die Kandidaten für die ländlichen Wahlkreise — und die meisten Kreise sind ländlich —, ohne sich um die altweiberhaften Klagen des Hannoverschen Kuriers und der übrigen nationalliberalen Presse zu kümmern. Er ist recht hart, dieser Dr. Hahn, und ihn rührt weder das Gezeter über „Einbrüche“ noch der abgestandne Hinweis auf die mittelbare Begünstigung sozialdemokratischer Wahlsiege. Er hat nichts dagegen, daß sich der eine oder der andre seiner Kandidaten vorläufig äußerlich der nationalliberalen Fraktion anschließt, aber er hält streng darauf, daß jeder Kandidat in erster Linie sicherer Gefolgsmann des Bundes ist und auf das agrarische Programm verpflichtet wird, das in allen Punkten bislang — wohlverstanden: bislang — von den Nationalliberalen bekämpft wurde. Unter diesen Bedingungen nimmt er die Leute an, die ihm aus dem Lager der Nationalliberalen zur Prüfung und Bestätigung ihrer Kandidaturen zugeführt werden. Es war ergötlich zu sehen, wie die nationalliberalen Wahlkomitees, eins nach dem andern, teils unter lauten Wehklagen, teils in dumpfer Resignation vor ihrem Besieger zusammenbrachen. Sie waren schwach und würdelos genug, ihren eignen — nach ihrer Meinung bewährten — Kandidaten sofort fallen zu lassen, sobald die Bundesleitung dessen Aufstellung mißbilligte und statt seiner einen der ihrigen aufstellte, wenn dieser nur die unverbindliche Erklärung abgab, daß er „politisch“ auf nationalliberalem oder auch nur auf „nationalem“ Boden stehe. Sie sind so genügsam geworden, daß sie es schon als einen Erfolg ihrer Partei ansehen, wenn die so vom Bunde abgestempelten Personen als Sieger aus der Wahlurne hervorgehen. Erst ganz vor kurzem haben sich in einem Wahlkreise (Hameln-Springe) die Nationalliberalen der Leitung zum Troste auf ihre Vergangenheit besonnen und den Kandidaten des Bundes abgestoßen, den sich ihre Führer in Hannover schon achselzuckend hatten gefallen lassen. Dieser Vorgang hat den Mut der Nationalliberalen auch in andern Gegenden wieder einigermaßen belebt und zur Macheiferung angereizt. Jedoch kommt diese Ermannung gegenüber der vorgeschrittenen Wahlbewegung allem Anschein nach zu spät.

Die ganze Wahltaktik der Personen, die durch ein widriges Geschick Leiter der nationalliberalen Sache im Hannoverschen geworden sind, läuft zur Zeit darauf hinaus, die Partei äußerlich zusammenzuhalten, möglichst wenig Einbußen an Zahl zu erleiden und fremdartigen Elementen ihre Firma zur Verfügung zu stellen, unbekümmert um die innere Festigkeit der Partei und ohne Sorge darum, daß durch solche Taktik die Auflösung der Partei besonders gefördert wird. Die Nationalliberalen trösten sich damit, daß der Bund der Landwirte eine wirtschaftliche Partei ist, und daß er für politische Fragen, die mit wirtschaftlichen nicht zusammenhängen, seinen Mitgliedern keine Verpflichtungen auferlegt — aber war nicht das Zentrum ursprünglich auch eine rein kirchliche Partei, das seinen Mitgliedern in nichtkirchlichen politischen Fragen freie Hand ließ, und ist es jetzt nicht eine eminent politische Partei geworden?

Ebenso wird es nur eine Frage der Zeit sein, daß der Bund der Landwirte — wenn anders sich seine Verhältnisse weiter günstig gestalten — seine Aktion über das wirtschaftliche Gebiet ausdehnt; indem er Stellung nimmt zu den politischen Fragen, verstärkt er seinen Einfluß und seine Macht in wirtschaftlichen Dingen. Die Segnungen der *do ut des*-Politik werden ihm schon jetzt nicht entgangen sein.

Sehr viel versprachen sich die Nationalliberalen von der „Politik der Sammlung.“ Sie stürzten sich mit Heißhunger auf diese Phrase, indem sie darin die ersehnte Wahlparole zu finden vermeinten. Aber es zeigte sich bald, daß jede Partei das Wort in ihrem Interesse deutete und die Deutung der andern verwarf, und es zeigte vor allem niemand Neigung, sich um die Nationalliberalen zu sammeln. Die letztern hofften vergeblich darauf, daß das Gelegenheitswort des Herrn von Miquel ihnen zu ebenso glücklichen Erfolgen verhelfen werde, wie im Jahre 1887 das Kartell. Ihre Bundesgenossen von damals jedoch sind in ihrem eignen Besitze so gefährdet, daß sie selbst als hilfsbedürftig erscheinen.

Einer der Hauptvorwürfe, die den hannoverschen Nationalliberalen gemacht werden müssen, ist die Lässigkeit. Eine politische Partei, die sich auf der Höhe erhalten will, darf nicht feiern. Man vermehrt die Zahl seiner Anhänger nicht, man verliert die Einwirkung auf die Massen, wenn man sich unmittelbar nach Schluß der Wahlen zum Schlafe niederlegt und erst unmittelbar vor den Neuwahlen wieder aufwacht. Die Pflege der Vereinsthätigkeit wird von den hannoverschen Nationalliberalen von Jahr zu Jahr mehr vernachlässigt, ihre Fühlung mit dem kleinen Manne ist von Jahr zu Jahr schwächer geworden. Ihre Organisation auf dem platten Lande ist dürftig. Was Wunder also, zumal bei ihrer verschwommenen Stellung zu den Mittelstands- und Handwerkerfragen, bei ihrem unklaren Hin- und Herschwanke in den wichtigsten Angelegenheiten, bei der Bereitwilligkeit, mit der ihre Presse manche die Empfindlichkeit des Volkes reizenden Ungerechtigkeiten im „Rechtsstaate“ beschönigt oder darüber hinweggeht — was Wunder, daß nicht allein auf dem Lande, sondern auch in den Städten sich viele ihrer ehemaligen Anhänger von ihnen abgewandt haben!

Immerhin werden sich die als schlechte Propheten erweisen, die dem Nationalliberalismus in dieser seiner frühern Hochburg ein schleuniges Ende weisagen. So schnell, wie die Feinde der Partei meinen, löst sich eine politische Genossenschaft nicht auf. Man muß erwägen, daß die mittlere Linie, auf der sich die Nationalliberalen im großen und ganzen zu bewegen und zu halten suchen, gerade in den Volksgruppen noch immer ihre Anhänger hat, die eine zahlreiche, politisch ziemlich gleichgiltige und daher bei Wahlen von ihren Führern wohl zu benutzende Gefolgschaft hinter sich haben, und daß namentlich dort, wo der alte Gegensatz zwischen den Nationalliberalen und den Welsen das Feld beherrscht, oder dort, wo es gilt, die Gefahr eines sozialdemokratischen Wahlsieges zu verhindern, sich die große Mehrzahl der reichstreuen Wähler aller-

wärts noch um die Nationalliberalen gruppiert, so sehr auch deren Verhalten im einzelnen gemißbilligt wird. Gegenwärtig ist ihre innere Organisation noch immer besser als die der jüngern Parteien, die im Hannoverschen die Erbschaft des Nationalliberalismus antreten wollen, z. B. die der Antisemiten und der Nationalsozialen. Aber freilich als eine „Hochburg“ der Nationalliberalen wird die Provinz Hannover nach den nächsten Wahlen nicht mehr gelten können.



Zur Frage der Stipendienreform



ie Schwierigkeiten, die einer zweckmäßigen Umgestaltung unsers veralteten Stipendienwesens an den Universitäten im Wege stehen, sind überaus groß, und nach den bisherigen Erfahrungen möchte man fast dazu kommen, sie wirklich für unüberwindlich zu halten. Wenn man nun aber auf Grund reichhaltiger praktischer Erfahrung die Überzeugung gewonnen hat, daß bei der gegenwärtigen Einrichtung der Nutzen auch nicht entfernt im richtigen Verhältnisse zu den aufgewandten riesigen Mitteln steht, ja daß vielfach durch Verleihung von almosenhafte kleinen Stipendienbeträgen thatsächlich nur Schaden gestiftet, demoralisierend auf manche jungen Leute eingewirkt wird, dann darf man sich nicht die Mühe verbrießen lassen, immer und immer wieder auf diese Frage zurückzukommen. Indem wir dies hier thun, liegt uns heute vor allem daran, auch gleichzeitig Vorschläge zu machen, die sich auch ohne prinzipielle Umänderung des Stipendienwesens im allgemeinen wohl durchführen, jedenfalls in bescheidenem Umfange einmal praktisch versuchen ließen.

Die Mängel unsrer Stipendieneinrichtung lassen sich im großen und ganzen auf zwei Punkte zurückführen: wir haben eine zu formalistische Behandlung der Stipendienverleihung auf der einen und eine viel zu große Zersplitterung der zur Verfügung stehenden Mittel auf der andern Seite.

Der erste Umstand beruht zum großen Teile auf der unvernünftigen Gestaltung zahlreicher Stipendienstiftungen selbst; denn bei der Auswahl der vorzugsweise oder ausschließlich zu berücksichtigenden Bewerber sind oft so viele Einzelbedingungen (Heimat, Konfession, Berufstellung der Eltern, spezielle Studien usw.) zu berücksichtigen, daß die betreffenden Kommissionen froh sein müssen, wenn sie überhaupt Bewerber haben, bei denen diese formalen Bedingungen zutreffen. Ob sich bei entsprechender Entschlossenheit der Regierung hierin nicht Wandel schaffen ließe, wollen wir vorerst nicht weiter erörtern; wohl aber muß mit lebhaftem Bedauern festgestellt werden, daß Stipendienstiftungen mit solchen Verkläufelungen, die von vornherein jedes nützliche Wirken der Stiftung in Zweifel stellen, auch heutzutage noch begründet und von den Verwaltungen